

AROHIPPEL

Zeitung des Europäischen Bürger:innen Forums



AZB 4001 Basel
Europäisches BürgerInnen Forum, 4001 Basel

Maksym Butkevych, nachdem er sich im März 2022 freiwillig zur ukrainischen Armee gemeldet hatte.

UKRAINE/BUCHVORSTELLUNG

Ein Pazifist im Krieg

Kürzlich ist das Buch «Am richtigen Platz – ein Friedensaktivist im Krieg»* mit Texten von Maksym Butkevych erschienen. Das Vorwort schrieb Oleksandra Matwijtschuk, Vorsitzende des ukrainischen «Center for Civil Liberties», das 2022 mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet wurde. Hier drucken wir zuerst Auszüge aus diesem Vorwort ab und danach eine Erklärung des «No borders-Projekts», das von Maksym vor Jahren mitbegründet wurde.

Oleksandra Matwijtschuk: Vor Ihnen liegt eine Sammlung von Texten und Interviews des ukrainischen Journalisten und Menschenrechtsaktivisten Maksym Butkevych. Die Texte stammen aus verschiedenen Jahren und beziehen sich auf unterschiedliche Anlässe, Länder und Personen, aber immer geht es um die Verteidigung der Marginalisierten und die Wahrung der Menschenwürde.

Zum Zeitpunkt der Erstellung dieser Publikation befindet sich Maksym bereits seit zwei Jahren in russischer Gefangenschaft. Er wurde aufgrund erfundener Anschuldigungen zu 13 Jahren Gefängnis verurteilt. Die Russische Föderation ignoriert demonstrativ die Normen des Völkerrechts und die Beschlüsse internationaler Organisationen, sodass Mak-

sym keine anderen Mittel zur Verfügung stehen, um sich zu verteidigen, als seine Worte und seine Haltung. Und genau diesen Worten und dieser Haltung ist das vorliegende Buch gewidmet. Ich möchte Ihnen den Autor ein wenig vorstellen, der dies im Moment nicht selbst tun kann.

Ich kann mich nicht mehr an den Moment erinnern, als ich Maksym Butkevych kennengelernt habe. Aber es kommt mir so vor, als würde ich ihn schon so lange kennen, wie ich denken kann. Im Rahmen seiner Menschenrechtsarbeit hat er sich dem Schutz der am meisten benachteiligten Gruppe von Menschen verschrieben, die leider in keiner Gesellschaft je viel Empathie erfahren hat: Geflüchtete, Asylsuchende, Migrant:innen.

Mit seinem ausgeprägten Sinn für Gerechtigkeit setzte er sich unermüdlich für die Menschenwürde ein. Das erlaubte ihm, auch kleinste Anzeichen von Machtmissbrauch oder Fremdenfeindlichkeit zu erkennen. Nie schreckte er davor zurück, sich dagegen zu stellen. Auch wenn er von der Mehrheitsgesellschaft nicht verstanden oder unterstützt wurde.

Maksym ist ein sehr tiefgründiger Mensch. Einmal erwähnte er in einem Gespräch sein theologisches Selbststudium. Gleichzeitig war er unter Antifaschist:innen und Anarchist:innen zu Hause. Es war spannend, mit ihm sowohl über philosophische Konzepte als auch über praktische Probleme der Menschenrechtsarbeit zu diskutieren. Kein Wunder, dass er Mitbegründer von Hromadske Radio wurde, dessen Motto «Hört zu. Denkt nach» er beispielhaft verkörpert. Maksym kann zuhören, wie kaum ein anderer. Man möchte sich ihm anvertrauen.

Als tatkräftiger Mensch ist er jederzeit bereit, sich einzusetzen und Themen voranzutreiben. So arbeiteten wir gemeinsam an einem Menschenrechtsplan für das Parlament, entwarfen Strategiepapier im Kampf gegen die Straflosigkeit von Folter durch die Polizei und nahmen an Demonstrationen für Meinungs- und Pressefreiheit teil. Ich kann mich an keine einzige wichtige Aktion erinnern, an der er nicht beteiligt war.

Als Reaktion auf das brutale Durchgreifen gegen Student:innen auf dem Maidan im November 2013 hat unser Team die Initiative «Euromaidan SOS» ins Leben gerufen. Wir

machten es uns zur Aufgabe, landesweit allen Menschen, die für ihre Beteiligung an den Protesten belangt werden sollten, Rechts-hilfe zur Verfügung zu stellen. Auch hier war Maksym unter den ersten, die uns unterstützten. Als Journalist fand er die Zeit, für «Euromaidan SOS» täglich über Misshandlungen, Folter und willkürliche Verhaftungen zu berichten. Als Mensch motivierte er die Freiwilligen mit Witzen und Selbstironie. In diesen schwierigen Zeiten erinnere ich mich sehr gerne an seinen Humor.

Niemand von uns war auf den Krieg vorbereitet. Aus heutiger Sicht erscheint es offensichtlich, dass Russland nach dem Sturz des pro-russischen Regimes von Janukowytsch eine Invasion beginnen würde, um uns auf unserem Weg zur Demokratie aufzuhalten. Aber als ich im Februar 2014 unserem Koordinator schrieb, dass es so aussehe, als seien russische Soldaten auf der Halbinsel gelandet, schrieb er mir überrascht zurück: «Lesja, wovon redest du?». Ich verstand damals selbst nicht, was da vor sich ging. (...)

Maksym glaubt an das Beste im Menschen. Deswegen hat er viele Jahre die Entstehung des internationalen Festivals für Dokumentarfilm und Menschenrechte, «Docudays UA», unterstützt. Von der Festivalbühne rief er einmal zu einer Solidaritätsaktion für den zu Unrecht inhaftierten Regisseur Oleg Sentsov auf. Es ist bittere Ironie, dass die Teilnehmer:innen des Filmfestivals nur wenige Jahre später Schilder mit der Aufschrift #FreeMaksymButkevych hochhalten sollten.

Nachdem er bereits in Gefangenschaft geraten war, hatte ich die Gelegenheit, seine Eltern kennenzulernen. Seine Mutter und sein Vater, echte Intellektuelle aus Kyjiw, kämpfen unermüdlich für die Freilassung ihres Sohnes und ertragen die ihnen auferlegten Strapazen mit Würde. Kaum vorstellbar, was sie das fast sechsmonatige «Verschwinden» von Maksym gekostet haben mag, nachdem er in einem Scheinprozess zu 13 Jahren Lagerhaft mit strengen Haftbedingungen verurteilt wurde. Die Anklage war offenkundig an den Haaren herbeigezogen. Die Handlanger des Kremls haben sich nicht einmal besondere Mühe gegeben. Maksym wurde beschuldigt, an einem Tag Kriegsverbrechen gegen Zivi-

list:innen in der Region Luhansk begangen zu haben, an dem er sich nicht einmal dort aufhielt. Sein Anwalt legte dem Richter umfassende stichhaltige Beweise dazu vor. Doch das Urteil kam «von oben», weswegen dies niemanden interessierte.

In meiner Nobelpreisrede habe ich mich auf Maksym bezogen. Ich kann mich sehr mit seiner Antwort auf die Frage identifizieren, warum er sich als Antimilitarist nach der russischen Invasion den ukrainischen Streitkräften angeschlossen hat. Ich weiss sie auswendig. Angefangen mit: «Es sind tragische Zeiten», bis hin zu: «Hier bin ich am richtigen Platz». Dein Platz ist auch bei uns, Maksym. Wir lieben dich. Wir glauben an dich. Wir kämpfen für dich. Wir warten auf dich.

Leben und kämpfen für einen Traum

Das Team von «No Borders»-Projekt schrieb folgenden Text zu dem Buch:

(...) «Ich war mein ganzes Erwachsenenleben lang Antimilitarist und bin es aus Überzeugung geblieben. Ich glaube nicht, dass die militaristische Struktur über die Bereiche hinaus ausgedehnt werden sollte, für die sie geschaffen wurde.»

Diese Worte aus dem Munde eines Mannes, der in die Armee eingetreten ist, mögen manchen paradox erscheinen, aber für ihren Verfasser war dieser Schritt zu Beginn der russischen Invasion in der Ukraine eine logische Reaktion auf den unerbittlichen Ansturm einer grossen militärischen und imperialistischen Bedrohung. Im Frühjahr 2022 trat Maksym Butkevych in die ukrainischen Streitkräfte ein, im Sommer desselben Jahres wurde er von Russland gefangen genommen und dann aufgrund erfundener Anschuldigungen inhaftiert. Es ist erstaunlich, dass so viele Menschen in der Ukraine und im Ausland von Maksym erfuhren, als er anfang, eine Militäruniform zu tragen, denn davor sah man ihn oft in einem schwarzen Kapuzenpulli mit der orangefarbenen Aufschrift «Kein Mensch ist illegal». (...)

Einer von Maksyms Hauptträumen und -motivationen ist eine Welt, in der ausnahmslos alle Menschen lange und in Wohlstand leben können, eine Welt ohne Kriege, Hier-

archien und Unterdrückung. Sein Weg führt vom Kindheitstraum, die Weiten des Welt-raums zu erforschen, über viele Jahre des Aktivismus zur Unterstützung von Geflüchteten, Asylwerber:innen, Migrant:innen, von autoritären Regimen verfolgten Journalist:innen und Antifaschist:innen. Als Journalist leistete er jahrelange Arbeit und Medienerziehung zur Beseitigung rassistischer, fremdenfeindlicher und diskriminierender Narrative in den Medien und der Gesellschaft. Er beteiligte sich an Strassenprotesten für den Erhalt kommunaler Kinos, gegen die Repressionen totalitärer Regime, gegen rechtsextreme Bewegungen sowie Polizeibrutalität. (...)

Sein Weg führt auch in die Liebe zu seinen Eltern, die ihn immer unterstützten, zu einer Schildkröte und einer Katze, die zu Hause auf ihn warten, Freunde und Freundinnen, die sich im Aktivismus kennen gelernt haben, Kolleg:innen, die durch einen so vielfältigen und interessanten beruflichen Werdegang zu Freund:innen geworden sind, Science-Fiction-Serien, Musik verschiedener Genres, seine Leidenschaft für Dokumentarfilme, Poesie, Journalismus, das Schreiben spontaner Texte, die oft in den sozialen Medien erschienen, und einige davon sind nun in dem (jetzt auch auf Deutsch erschienenen) Buch zu finden. Nach seiner Gefangenschaft wurde in den Medien so viel über Maksym gesagt, von denen, die ihn kennen, respektieren oder seine Werte teilen, und hier, in dem Buch spricht er selbst zu uns. Vielleicht verstehen Sie nach der Lektüre dieser Texte, warum er einen Sinn im Aktivismus sieht, warum er Anarchist ist, warum er ein Fan des Star-Trek-Universums ist, warum er die Forschungen von David Yanagizawa-Drott schätzt und sie ins Ukrainische übersetzt haben möchte. Vielleicht werden Sie Maksym nach der Lektüre dieses Buches einen Brief schreiben wollen.

Text zusammengestellt von
Constanze Warta

*Maksym Butkevych: «Am richtigen Platz – ein Friedensaktivist im Krieg», ANTHEA-Verlag, Berlin 2024
Preis: 15,00€(D) 15,40€(A), 15 CHF (CH) + Portokosten
12,5 x 19 cm, Paperback, 140 Seiten, ISBN 978-3-89998-434-7

MAKSYM IST FREI !

Am Abend des 18. Oktober 2024 wurde der bekannte ukrainische Menschenrechtsaktivist Maksym Butkevych, mit dem wir seit vielen Jahren zusammengearbeitet haben, im Zuge eines grösseren Gefangenaustausches aus über zweijähriger russischer Kriegsgefangenschaft entlassen.

Er war im März 2023 von einem Gericht im russisch besetzten Luhansk, aufgrund erfundener Anklagen, zu 13 Jahren verschärfter Lagerhaft verurteilt worden. Seine Befreiung kam unerwartet für ihn und uns. Hier seine Dankesworte: «Meine lieben Brüder und Schwestern, Freunde und Freundinnen, diejenigen, die ich kenne – und diejenigen, denen ich noch nicht persönlich begegnet bin. Ich möchte, wenn es möglich ist, das Unaussprechliche auszudrücken – all jenen meinen Dank aussprechen, die mich während meiner Gefangenschaft unterstützt haben, all jenen, die auf meine Rückkehr und meine Freilassung gewartet haben, und all jenen, die sich dafür eingesetzt haben, all jenen, die dafür gebetet haben: Euch allen meinen grossen, grossen Dank. Keine einzige Minute in der Gefangenschaft habe ich daran gezweifelt, dass ich von treuen, freien und solidarischen Menschen unterstützt werde.

Aber ich muss sagen, dass ich erst jetzt beginne, das Ausmass der Unterstützung zu erkennen, und ich bin ein wenig überwältigt. Ich verneige mich vor Euch allen.

Frei zu sein ist Glück, und es ist der natürlichste menschliche Zustand, das Wesen des Menschen. Deshalb sind die Versuche, andere Menschen zu unterjochen, sie zu Sklaven, zu Waren, zu Objekten der Manipulation zu machen, eine Schande und ein Verbrechen von katastrophalem Ausmass. Deshalb erlaube ich mir, meiner Dankbarkeit eine bescheidene Bitte hinzuzufügen: Vergessen wir nicht die Unterjochten und die Versklavten, die in Gefahr sind und deren Würde ständig auf die Probe gestellt wird; tun wir alles, was wir können, um sie zu befreien. Denn solange jemand ein Sklave bleibt, ist niemand von uns wirklich frei.»



EIN GROSSER SIEG!

Nach sieben Jahren Rechtsstreit entschied der Oberste Gerichtshof der Ukraine am 9. Oktober 2024 zugunsten der Free-Svydovets-Gruppe, die sich mit Longo maï, dem Europäischen Bürger:innen Forum und dem Bruno Manser Fonds gegen das Mega-Skigebiet auf dem Bergmassiv Svydovets in den ukrainischen Waldkarpaten engagiert hatten.

Dieses wegweisende Urteil hebt die Verwaltungsentscheidungen auf, die dem geplanten Umweltdesaster den Weg geebnet hatten. Der Prozess begann 2017, als drei Einwohner des Dorfes Brustury die Entscheidungen der Bezirksverwaltungen von Tyachiv und Rakhiv zum «Tourismus- und Erholungskomplex Svydovets» anfochten – ein umstrittenes Projekt mit Verbindungen zum ukrainischen Oligarchen Igor Kolomoisky. Das Gericht entschied nun, dass beim öffentlichen Planungsprozess die gesetzlichen Vorgaben zu Transparenz und Bürger:innenbeteiligung nicht erfüllt wurden. Wäre das 1430 Hektar grosse Mega-Skigebiet genehmigt worden, hätte dies gravierende, langfristige Auswirkungen auf die unberührte Landschaft, die Urwälder und die naturnahen Flussläufe der Waldkarpaten gehabt. Die Gemeinden vor Ort hätten ihr Land verloren. Auch die wirtschaftliche Tragfähigkeit des Projekts war höchst fraglich.

Das Urteil ist ein vielversprechender Präzedenzfall und enorm wichtig für die ukrainische Zivilgesellschaft. Es gibt jedoch noch viel zu tun, da auch die umliegenden Gebiete in Bystrytsia und Turbat gefährdet sind. Zwei weitere Skigebietsprojekte mit Ver-

bindungen zu Igor Kolomoisky und seinen Geschäftspartnern sind noch in Planung.

Oreste del Sol, Mitglied der Free-Svydovets-Gruppe und der Kooperative Longo maï in der Ukraine, erklärte: «Dieser Sieg bestätigt die Integrität der ukrainischen Justiz und stellt einen weiteren wichtigen Baustein für die Reform der Umweltvorschriften dar, damit die Ukraine der Europäischen Union beitreten und eine nachhaltige Entwicklung in den Karpaten voranbringen kann. Solange das einzigartige Gebiet von Svydovets nicht durch nationale Gesetze geschützt wird, wird unser friedlicher Widerstand fortgesetzt. Wir rufen weiterhin alle internationalen Gremien dazu auf, sich uns anzuschliessen und die ukrainische Zivilgesellschaft in ihrem Streben nach mehr Klimagerechtigkeit zu unterstützen.» Weitere Details zu den Mega-Skigebieten Svydovets, Bystrytsia und Turbat sowie zur problematischen Vergangenheit der Projektentwickler finden Sie in unserem neuesten Untersuchungsbericht «The Great Carpatian Land Grab».

Komitee #free Svydovets

MIGRATION/SCHWEIZ

Zwischen uns keine Grenzen

«Gleiche Rechte für alle die hier sind und alle, die noch kommen werden. Kein Mensch ist illegal. Bleiberecht überall!» Am 28. Oktober fand in Bern – unter strömendem Regen, jedoch mit grosser Beteiligung aus der ganzen Schweiz – die Demonstration für eine andere Migrationspolitik statt. Hier stellen wir zwei der an der Anschlusskundgebung gehaltenen Reden vor.

Halva Pinto de Magalhães

(Co-Präsident von INES – Institut Neue Schweiz): «Die Debatten der Schweizer Politik in den letzten Tagen heben deutlich hervor, was sich die letzten dreissig Jahre in diesem Land abgespielt hat: auf national-

staatlicher Ebene ist eine migrationspolitische Transformation komplett blockiert denn Asyl-, Migrations- sowie Bürgerrechtsgesetzgebung werden laufend verschärft. Obwohl die Schweiz längst ein neues Gesicht hat, die postmigrantische Vielheit und transnationale

Verbindungen unwiderrufliche gesellschaftliche Realitäten gezeichnet haben, ziehen sich immer neue Grenzen quer durch unseren Lebensalltag.

Migrant:innen und ihre Nachkommen, Sans-Papiers, Asylsuchende, Second@s oder People of Color sind bei der Mitgestaltung des öffentlichen Raums eingeschränkt, oder gar davon ausgeschlossen. Ein Viertel der Schweiz hat keine Wahl- und Stimmrechte. Geflüchtete erfahren Isolation in Durchgangszentren. Sans-Papiers haben Angst vor Ausschaffung, ihre Bewegungsfreiheit ist eingeschränkt. Zahlreiche Hürden bei der rechtlichen, politischen, sozialen, ökonomischen und kulturellen Teilhabe sind die Folge. Doch was wir heute auch sehen: Immer mehr Menschen wollen eine Veränderung. «Zwischen uns keine Grenzen» bedeutet: Gleiche Rechte für alle!

Grenzen stehen im Zentrum der Gegensätze unserer Zeit, denn in vielen europäischen Städten erleben wir täglich die Krise des Prinzips nationaler Zugehörigkeit. Städte verstehen sich global und kosmopolitisch, stellen sich dem internationalen Konkurrenzkampf und buhlen als Steueroasen um multinationale Unternehmen sowie um eine hochqualifizierte globale Elite. Die neoliberale Globalisierung hat die Landesgrenzen für Güter durchlässiger und für Menschen hochselektiv gemacht. Fürs Kapital wiederum gelten die Regeln des internationalen Marktes – das aktuelle Grenzregime ist schlussendlich Ausdruck des wandelnden Verhältnisses von Staat und Kapital. Damit repräsentieren Grenzen die symbolischen Kontrollpunkte auf der Geografie von Macht und Wohlstand, wobei Migrant:innen im Namen des nationalen Wohlstands zu einer regulierbaren Masse an Arbeitskräften abstrahiert werden. Der Migrationsdiskurs schafft damit die materi-



elle Basis für gesellschaftlichen Ausschluss und Ausbeutung im Arbeitsmarkt. Die symbolischen Grenzen ziehen sich also von physischen Grenzzäunen der Festung Europa bis in unsere Köpfe und bestimmen, wie wir die Welt sehen.

Doch lassen wir uns nicht täuschen, immer wenn globale Veränderungen den politischen und ökonomischen Status quo herausfordern, imaginiert und reguliert die Schweiz ihre guten und schlechten Migrant:innen. «Zwischen uns keine Grenzen» heisst Migration und Vielfalt als gesellschaftliche Tatsache anzuerkennen. Um als Gesellschaft tatsächlich Verantwortung für globales Unrecht, Ungleichheit und Wohlstandsgefälle zu übernehmen, müssten sich das öffentliche Bewusstsein und die politischen Institutionen der Schweiz für die globalen Verflechtungen und die soziale Vielheit der Schweiz öffnen, statt die Idee des Sonderfalls Schweiz weiter zu pflegen.

Die Welt wird immer vernetzter und gleichzeitig scheint sich der Wunsch nach Zugehörigkeit nur durch Abgrenzung zu erfüllen. Citizenship und Arbeitsmarkt werden allerdings nur mit grosser Anstrengung ans nationale Territorium gebunden, wobei die resultierenden gesellschaftlichen Reibungen neue Räume schaffen. Migrant:innen sind per Wortdefinition auch in den Zwischenräumen zuhause und Mehrfachzugehörigkeit prägen die Lebensrealitäten der meisten Menschen in der Schweiz. Solche Realitäten anzuerkennen, würde zum Beispiel erlauben, diasporische Netzwerke als

Möglichkeit transnationaler Solidaritätsmodelle zu verstehen. Gerade das Erfahrungswissen in postmigrantischen Gesellschaften bietet Zugang zu Lebensweisen, die ein anderes Verständnis von einem guten und nachhaltigen Leben zur Grundlage haben. Wir brauchen also die Geschichten und Erzählungen, in welchen die Erfahrungen aller Menschen vorkommen.

«Zwischen uns keine Grenzen» lädt zu einer anderen Perspektive auf die Auseinandersetzung um die Gestaltung unserer Gesellschaft ein. Eine demokratische Migrationsgesellschaft ist vorstellbar! Und gerade die Demokratieinitiative wäre aktuell die Gelegenheit, zumindest die Bürger:innenrechte ausweiten zu können. Wichtig ist nun – wie heute – eine starke Verbindung von verschiedenen, alltagsnahen, sozialen Kämpfen, in denen es um gleiche Rechte für alle geht – für alle, die hier sind, und alle, die noch kommen werden.»

Living Smile Vidya

«Manche Menschen hätten gerne mehr Abenteuer in ihrem Leben. Komisch, denn für andere Menschen ist das Leben ein Abenteuer. Menschen wie wir, geboren in unserer Familie, in unserer Heimatstadt – seltsam, dass ich sie immer noch als Zuhause bezeichnen muss. (...)

Manchmal fühlt es sich an, als nähme man an einer Survival-Fernsehserie teil. Du wirst in einem Land geboren, in dem deine Herausforderung darin besteht, dich inmitten all der Hindernisse am Leben zu halten, und du

überlebst. Dann fliehst du aus diesem Land und suchst in einem anderen Land Schutz, was dir wie eine zweite Staffel der Überlebens-Fernsehserie vorkommt. Und dann durchlebst du das Ganze noch einmal.

Und dann sagen sie: ‚Nein, du kannst hier nicht leben.‘ Also kämpfst du erneut. In gewisser Weise ist das die Erfolgsformel der Serie in Bezug auf die Herausforderungen, Hindernisse, Hürden und das Überleben. Aber es ist traurig, dass du immer stärker kämpfen musst, um zu überleben, um am Leben zu bleiben. Und dann, wenn du einen negativen Bescheid bekommst und dann wieder und wieder am Kämpfen bist: Das ist dann die erfolgreiche dritte Staffel deines Lebens.

Es ist seltsam, aber eigentlich sollte mein Name «Surviving Smile Vidya» lauten. Ich weiss nicht, warum ich bei «Living Smile Vidya» geblieben bin. Eigentlich ist das ja ein Witz.

Mein Name ist «Living Smile Vidya». Ich bin eine Transfrau. Ich bin eine Transaktivistin, eine Dalit-Aktivistin. Ich bin eine Künstlerin. Ich will nicht nur einfach überleben. Ich will leben! Wenn möglich, möchte ich glücklich leben. Und ich werde meinen Kampf, meinen Protest, meine Strategie fortsetzen. Das Leben von Geflüchteten zählt. Vielen Dank.»

Die Redebeiträge wurden von Solidarité sans frontières aufgezeichnet.*

*Herzlichen Dank an «Solidarité sans frontières» (Sosf) für die Organisation dieser Demonstration und die Aufzeichnung der dort gehaltenen Redebeiträge! Sie können alle Beiträge und weitere Informationen auf der homepage von sosf.ch nachlesen.

SAATGUT/INTERNATIONAL

Den Widerstand säen

«Säe den Widerstand, Sème ta résistance!» Das klingt für die einen wie ein cooler Slogan, ein Mode-T-shirt, bunte Vielfalt von Tomaten oder Kürbissen – für andere wie ein letzter Akt der Hoffnung auf ein Weiterleben, auf eine Zukunft, auf etwas zu essen, auf ein Stückchen Autonomie, Selbstbestimmung mitten in Trümmern.

Diese drei Worte waren Anfang Oktober der Slogan einer internationalen dreitägigen Zusammenkunft von ungefähr 500 Bäuerinnen und Bauern in dem Luxusbadeort Anitbes an der Côte’Azur, organisiert vom französischen Netzwerk für bäuerliches Saatgut (RSP – «Réseau des semences paysannes»). Auf der ganzen Welt bedeutet dieser Slogan das Recht, eigenes Saatgut zu erhalten und weiterzugeben, das Recht auf Nachbau der eigenen Ernte. Saatgutkonzerne unternehmen alles, um die Bäuerinnen und Bauern in die Abhängigkeit von deren industriellen Sorten zu zwingen und damit in die Abhängigkeit von Pestiziden und künstlicher Düngung. In vielen Ländern hat die grüne Revolution

dafür gesorgt, dass alte einheimische Sorten vom Markt verschwunden sind und die Menschen gezwungen wurden, auf industrielles Saatgut zurückzugreifen; dadurch werden sie von teuren Spritzmitteln abhängig.

Ansar, die hauptsächlich im Irak tätig ist, hat aufgezeigt, wie die Abhängigkeit von Saatgutfirmen in Syrien und im Irak als Waffe gegen die Selbstversorgung der Bevölkerung eingesetzt wurde. In beiden Ländern wurde die nationale Genbank von alten einheimischen Sorten während der dortigen Kriege zerstört und damit auch der Zugriff der Produzent:innen auf ihre ursprünglichen Sorten und ihre ursprünglichen Ernährungsgewohnheiten. Seither haben nur noch die-

jenigen Zugang zu Saatgut, die der jeweiligen Regierung genehm sind.

Ieke von Longo maï hat aufgezeigt, dass viele der alten Sorten dieser Länder heute noch in den europäischen Genbanken vorhanden sind und dass es notwendig ist, diese Sorten wieder in die Länder zu den Bäuerinnen und Bauern zurück zu bringen. Mit grossem Beifall wurden die palästinensischen Freundinnen und Freunde aus dem Westjordanland begrüsst, die trotz der Ungewissheit, ihre Dörfer und Familien bei ihrer Rückkehr nach der Konferenz unversehrt wieder zu finden, die Reise gewagt hatten. Es war sehr wichtig für sie, die Isolation, die Israel um sie herum aufbaut, zu durchbrechen, um die ständige Bedrohung ihrer Dörfer durch die israelischen Siedler:innen und jetzt auch durch die israelische Armee zu schildern, deren Ziel es ist, die palästinensische Bevölkerung von ihrem Land zu vertreiben.

Flüchten oder bleiben?

Unsere Freund:innen aus dem Libanon von dem Projekt «Buzuruna Juzuruna» (Im Saatgut sind unsere Wurzeln) wurden in gewisser Weise zu den Hoffnungsträger:innen der Konferenz, da sie seit Jahren die Ideen der Agroökologie und der alten einheimischen Sorten im Nahen Osten unterrichten, vorführen und verbreiten. Sie haben Menschen aus dem Irak, aus Syrien, aus Palästina und

Ägypten zusammengebracht und für eine Landwirtschaft der Selbstversorgung ausgebildet. Gleichzeitig haben sie ihnen den Zugang zu einigen ihrer alten Sorten ermöglicht. Ihr Projekt in der Bekaa-Ebene befindet sich inzwischen mitten im Kriegsgeschehen, und sie stehen vor der Frage, ob sie flüchten oder bleiben sollen. Wohin mit ihrer wertvollen Saatgutsammlung, um sie vor der Zerstörung in Sicherheit zu bringen? Die internationalen Organisationen rufen dazu auf, den Libanon zu verlassen, aber bisher ist die Anwesenheit vor Ort sehr wichtig, da «Buzuruna Juzuruna» mit der Ernte vom letzten Jahr zahlreiche Volksküchen, die für die Geflüchteten im Land entstanden sind, mit Mehl, Bohnen, Linsen und Gemüse versorgt. Wenn unsere Freund:innen jetzt weggehen, wie und wann werden sie ihr Projekt wieder aufnehmen können? Die syrischen Geflüchteten, – 800.000 haben bisher im Libanon Schutz gefunden, – werden aufgefordert, nach Syrien zurückzukehren. Sie werden

dem Assad-Regime, vor dem sie geflohen sind, in die Hände getrieben. Hunderte Fragen stellen sich, und jede einzelne Familie muss eine Antwort finden.

Gegenseitiges Kennenlernen

Sich ausserhalb des Krieges treffen zu können, ist sehr wichtig, um Freundschaften zu knüpfen, sich gegenseitig kennenzulernen und Vertrauen aufzubauen – unabhängig von der Kriegspropaganda der verschiedenen Seiten. Deshalb war es sehr hilfreich, dass sich die Konferenzteilnehmer:innen während drei Tagen vor der Konferenz auf Höfen der Mitglieder des gastgebenden französischen Netzwerkes RSP treffen konnten. Die Longo maï-Kooperativen in Südfrankreich haben in den drei Tagen die Delegationen aus dem Nahen Osten empfangen: aus dem Iran, dem Irak, dem Libanon, aus Ägypten, sowie Palästinenser:innen. Das gegenseitige Interesse und die Frage, wie sie sich in Zukunft gegensei-

tig unterstützen könnten, war so gross, dass sie gleich nach der Konferenz für mehrere Tage auf einer der Longo maï-Kooperativen zusammengekommen sind. Die Gespräche über selbstbestimmte Ernährung im Krieg und die Verständigung über Grenzen hinweg sind weit wichtiger als alle verbissenen Diskussionen über Schuld oder Unschuld, und wir konnten für einige direkt Betroffene den Raum für diesen Dialog schaffen. Gleichzeitig waren sie ständig am Telefon, um zu wissen, was in ihren Dörfern gerade passiert.

Wir haben die Möglichkeit, ihnen wieder Zugang zu ihren Sorten zu geben, die nach europäischer kolonialer Manier in den europäischen Genbanken gelagert sind, und hoffen, dass diese Verbindungen noch lange leben und wir uns gegenseitig Mut machen und unterstützen können.

Jürgen Holzapfel, Longo maï

TRAUER UM JOUSEF

Die folgende Nachricht haben wir am 26. Oktober von unserem ägyptischen Freund Philip Rizk erhalten, durch den wir mit dem Landwirt Jousef Abou Rabea und seiner Saatgut- und Gemüseproduktion, sowie deren Verteilung an die Bevölkerung im Norden Gazas bekannt gemacht wurden. Seither unterstützten wir dessen Arbeit*:

«Ich habe leider traurige Nachrichten, falls diese Euch noch nicht erreicht haben. Am Montag hat das israelische Militär den 24-jährigen Bauern Yousef Abou Rabea ermordet. Diese Nachricht ist leider keine Überraschung, da der israelische Staat seinen Plan

für den Norden von Gaza angesagt hat: die Vernichtung von allem Leben dort, Menschen, Tiere, Pflanzen... Am Tag vor seinem Tod hat Youssef 400 Lebensmittelpakete mit Auberginen, Paprika und Zucchini verteilt, er hatte grosse Pläne für seine Heimat.»

Danke für Eure Unterstützung.

Liebe Grüsse

Philip

* siehe Archipel Nr. 337, Juni 2024 «Saat der Hoffnung» von Laila El-Haddad



Yousef Abou Rabea, 24, ist am 21. 10. von der israelischen Armee in Gaza getötet worden. Bis zu seinem letzten Tag hat er Samen des Widerstandes gesät.

FPÖ - Interne Informationen

Österreich hat gewählt und ist – wie es ein älterer Mann vor dem Wahllokal treffend ausdrückte – «die Verliererin dieser Wahl». Die rechts-extreme Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) ist dabei die stimmenstärkste Partei geworden. Der folgende politisch-philosophische Text wurde – bereits vor den Wahlen – von Franz Schuh* verfasst, der ihn uns freundlicherweise für den Archipel zur Verfügung gestellt hat. Er analysiert den modernen Faschismus und dessen Erfolg.

Die FPÖ ist selbstverständlich keine nationalsozialistische Partei. Sie ist die soziale Heimatpartei. Die soziale Heimatpartei verwendet Propagandachiffren von damals. Ihre Politik ist eine Art von renoviertem Faschismus, der einerseits seine alten Spuren verwischt und sie andererseits schillernd – zum Wählerfang – ausstellt: Die Erfolge der Goebbels-Propaganda stehen ja ausser Frage: «Systemparteien», «Festung Europa» und so weiter. Heute ist es ein an die postheroische und hedonistische Gesellschaft angepasster Faschismus, über den man nicht zu spekulieren braucht, denn er existiert real in Ungarn, in der Slowakei und in Thüringen.

Alte Spuren

Anders als mein glanzvoller Kollege Hans Rauscher¹ glaube ich nicht an die liberale Demokratie. Er scheint wirklich an sie zu glauben, während ich sie bloss für die beste Herrschaftsform unter allen schlechten halte. Der sogenannte Wählerwille wird in dieser Demokratie idealisiert, zum Teil zu Recht, weil wir nichts Besseres haben. Aber geflüssentlich unterschlägt die Idealisierung die Irrtumsanfälligkeit der Menschen und im Besonderen die Manipulierbarkeit des Wählerwillens. Die Massen haben sich nicht zum ersten Mal «freiwillig» in ihr Unglück gestürzt. Ursula Stenzel zitierte im Fellner-TV brav Bertolt Brecht: Die Regierung soll sich ein neues Volk wählen, wenn ihr der Wählerwille nicht passt. Super, denn Brecht hat auch gesagt: «Der Schoss ist fruchtbar noch, aus dem das kroch.»

In der Spätzeit des Kapitalismus zeigt sich, dass die Demokratie neben ihren guten Seiten auch diese eine schlechte hat: Sie stellt Strategien zu ihrer Selbstauflösung bereit. Fundamente dafür sind die riesige Verblödungsmaschinerie, von der die meisten ihrer Medien leben, und das, was im Standard² der «sich zusammenballende Reichtum» genannt wurde. Tja, die Eigentumsverhältnisse.

Es war klar, dass eines Tages, falls der Konsumismus nicht mehr das Lebens- und Arbeitsleid der Massen kompensieren kann, die ganze Chose nach extrem rechts umkippt. Ich habe mich daher der Rechtswissenschaft gewidmet, und unter Rechtswissenschaft verstehe ich das Studium dessen, was die Rechten so treiben. Aber ich gebe zu, ich wollte mich zurückziehen und mich dem Schönen, Wahren und Guten widmen.

Doch da kam etwas dazwischen, nämlich

eine Pressekonferenz der FPÖ zu der von ihr geplanten Zensur des ORF³ – natürlich unter dem Vorwand, auch im öffentlich-rechtlichen Sender endlich die wahre Demokratie einzuführen. Der öffentlich-rechtliche Sender steckt in der Objektivitätsfalle: Wenn etwas objektiv falsch ist, muss man parteiisch dagegen Stellung beziehen. Das benützt die FPÖ, indem sie die – nach journalistischen Regeln – objektive Berichterstattung bezichtigt, parteiisch zu sein.

In der Objektivitätsfalle

Das ist nichts Neues, und auch nicht, dass Peter Westenthaler⁴ seinen ganzen Sachverstand dafür einsetzt, als «Stiftungsrat» (was für ein lächerlicher Ausdruck) den ORF nicht nur von aussen, sondern auch von innen her zu ruinieren. Aber dann kam in der Pressekonferenz etwas vor, was klassisch den Rechtsextremismus, den alten und auch den neuen, definiert: ORF-Mitarbeiter hätten sich «mit internen Informationen» gemeldet, um die «Verfehlungen» ihres Senders der FPÖ kundzutun. Weitere «interne Informationen» wären willkommen. Das ist zu schön, um wahr zu sein: Die alte Ausbildung und (noch)

zwanglose Aufmunterung der Volksgenossen zum Denunziantentum ist naturgemäss Parteiprogramm.

Unser Unglück

Die FPÖ ist der parlamentarische Arm des Rechtsextremismus. Da erklärt der Generalsekretär der FPÖ mit eingelernten Stehsätzen, die Haltung seiner Partei, sie werde sich gegenüber den Identitären nicht ändern: «Warum sollte ich mich gegen eine Gruppe von Bürgern stellen, die von ihrem Demonstrationsrecht Gebrauch machen und auf Probleme der Zuwanderung hinweisen?» Das gibt der Parteisoldat zur Antwort, als man ihn damit konfrontierte, dass im Kreise der Identitären eine Frau inmitten ihres pathologischen Antisemitismusmonologs gemeint hatte, die Ermordung der Juden sei «geil» gewesen, und ausserdem seien es eh keine sechs Millionen, sondern nur 175.000.

Man könnte auch – in freier Veränderung eines beliebten Sagers von damals – sagen: Die FPÖ ist unser Unglück. Bevor wir dieses Unglück überstanden haben, werden die einen ihre Partei anfeuern und sich von ihr anfeuern lassen, und die anderen werden hartnäckig die Opposition bilden. Probleme lösen kann die FPÖ nicht, aber was sie kann, ist anderen die Schuld dafür geben, und einmal an der Macht, verändert sie die Demokratie so sehr, dass man sie kaum noch abwählen kann. Dann gute Nacht, Österreich!

Franz Schuh*

*Franz Schuh ist österreichischer Philosoph, Essayist, Schriftsteller und Lektor an der Universität für angewandte Kunst in Wien. Zuletzt erschienen: «Ein Mann ohne Beschwerden» (Zsolnay, 2023). Dieser Text ist eine gekürzte Version seines «Kommentars der Anderen», der am 21. September 2024 in der österreichischen Tageszeitung «Der Standard» erschien.

1. Hans Rauscher ist ein österreichischer Journalist und Publizist

2. Österreichische Tageszeitung

3. ORF = Österreichischer Rundfunk. Es ist ein – bis dato – unabhängiger öffentlich-rechtlicher Rundfunk.

4. Peter Westenthaler ist ein vormaliger Spitzenrepräsentant der FPÖ, später des BZÖ, jetziger Polit-Analyst beim TV-Sender oe24.tv, Kolumnist der Tageszeitung Österreich und Unternehmer. Seit März 2024 ist er ORF-Stiftungsrat.

FRANKREICH/ATOMKRAFT

Ein Anti-Atom-Netzwerk

Lasst uns die Verteidigung des Bahnhofs «La Gare» vorbereiten! Vor 20 Jahren wurde eine kleine Gruppe von Anti-Atomkraft-Aktivistinnen glückliche Besitzerin des ehemaligen Bahnhofs von Luméville. Dieser liegt – strategisch günstig – auf der Trasse der zukünftigen Castor-Eisenbahnstrecke, über die das Material für die Baustelle und später die Nuklear-Abfälle zum unterirdischen Lager des CIGEO-Projekts¹ bei der Gemeinde Bure transportiert werden sollen.

Seitdem hat sich «La Gare» (der Bahnhof) zu einem der pulsierenden Herzen des Anti-Nuklear-Netzwerks in Frankreich entwickelt. Dieser Ort im Departement Meuse (Maas) war seit 2005 Schauplatz Dutzender militanter und festlicher Veranstaltungen,

von Widerstandscamps, Festivals, Anti-Gefängnis-Wochen sowie des Ersten Barrikadenfestes, des Treffens der Revolutionären Chöre, um nur einige der Events zu nennen. «La Gare» ist auch zu einem Ort des kollektiven Lebens (mit variabler Geometrie je

nach Jahr und Jahreszeit) und zu einem Raum für politische Experimente für alle Bewohnerinnen geworden, die sich dort abgewechselt haben. Dieser Ort wird von dem Verein «Tomate» verwaltet und die Entscheidungen werden horizontal in Versammlungen von den Bewohnerinnen und Besucherinnen des Bahnhofs getroffen. Es geht darum, das Fortschreiten des CIGEO-Projekts zu verlangsamen – CIGEO, diese Scheinlösung der Behörden für die Atommüll-Endlagerung, die dazu dient, die Wiederbelebung der Atomenergie zu rechtfertigen.

Am Anfang des vergangenen Septembers kamen hier fast 200 Menschen zusammen, um unter dem unbeständigen Himmel über dem Département Meuse das 20-jährige Bestehen des Bahnhofs mit einer zweiten Ausgabe des Barrikadenfestes zu feiern. Die Versammlung bot die Gelegenheit, sich gemeinsam an die Geschichte der Strategie der Landaneignung zu erinnern, die von der «Nationalen Agentur für die Entsorgung radioaktiver Abfälle» (ANDRA) Hand in Hand mit der lokalen SAFER(2) verfolgt wird. Seit ihrer Gründung im Jahr 1999, als die ersten 20 Hektar von ihr erworben wurden, hat sich die ANDRA nach und nach mehr als 3000 Hektar Land angeeignet, sowohl auf dem Gelände des geplanten Projekts als auch in den umliegenden Dörfern. Diese erste Phase des sogenannten «gütlichen Erwerbs» wurde von dem berüchtigten Emmanuel Hance(3) geleitet, der mit Manipulationen, Druck, Erpressung und Schikanen arbeitete. Seit dem Dekret der «Opération d'Intérêt National» (Projekt von nationalem Interesse) und der «Déclaration d'Utilité Publique» (Anerkennung der Gemeinnützigkeit des Projekts) für CIGEO im 2022 kann die ANDRA die erste Welle von Enteignungsverfahren für die ihr fehlenden Grundstücke einleiten. Im Februar 2024 erhielten 336 Eigentümerinnen die Enteignungsunterlagen, in denen ihnen angeboten wurde, einen Teil ihrer Grundstücke (wieder) zu kaufen oder einzutauschen. Zu den 569 betroffenen Grundstücken gehören das gesamte Gelände von «La Gare» und etwa ein Drittel (3,4 ha) der Gemüseparzellen, die vom Kollektiv «Les Semeuses» bewirtschaftet werden. Es versteht sich von selbst, dass die Vorschläge freundlich abgelehnt wurden. Bis zur Verkündung des Enteignungsbeschlusses und der Zahlung von Entschädigung durch die ANDRA bleibt unsere Präsenz auf dem Gelände legal. Wir sollten diese Zeit nutzen, um unsere Beziehungen zu verstärken, uns in der Region noch mehr zu verankern und um uns auf die nächste Phase vorzubereiten (d. h. die Phase der Zwangsräumung). In den verschiedenen Phasen des Enteignungs- und Räumungsverfahrens werden wir alle Rechtsmittel, die möglich sind, auch einlegen. Die Teilnehmerinnen wurden dazu ermutigt, in ihren jeweiligen Gebieten lokale Unterstützungskomitees zu gründen oder zu reaktivieren, um weiter zu sensibilisieren und zu mobilisieren. Gleichzeitig ist es im Kampf gegen die von der ANDRA organisierte Verödung der Gegend

wichtiger denn je, die Zahl der Menschen und Gruppen, die sich hier niederlassen, zu vervielfachen, um den Kampf noch mehr lokal zu verankern. Zunächst sollten sich so viele wie möglich in «La Gare» festsetzen, wo sich die Lebensbedingungen dank der verschiedenen Arbeiten und Baustellen (Isolierung, neue Küche usw.) bereits deutlich verbessert haben. Neben den beiden Schlafsälen bietet das Gelände viel Platz für verschiedene Arten von Unterkünften – von Zelten über Wohnwagen bis hin zu einer Vielfalt von Hütten. Ein Projekt zur Wiederbearbeitung des Gartens von «La Gare» ist ebenfalls in Planung. Auch in den anderen kollektiven Orten in der Gegend (insbesondere im «Maison de Résistance», in der «Affranchie») sowie in den zahlreichen Wohngemeinschaften, die in den umliegenden Dörfern verstreut sind, werden Neuzuzügerinnen willkommen geheißen.

Verschiedenste Aktivitäten

Als Alternative zu der von der ANDRA vorangetriebenen Atomisierung des Gebietes tragen die Aktivistinnen, gemeinsam mit den Einheimischen, dazu bei, die ländlichen Gebiete des Départements Meuse (Maas) wiederzubeleben, indem sie das Land bewirtschaften, die Tradition des kollektiven Holzschlags fortführen, Kantinen und lokale Märkte organisieren sowie Bäckereien und Dorfcafés übernehmen. Die Hindernisse, denen sie bei ihren Ansiedlungsbemühungen begegnen, verstärken nur ihre Entschlossenheit. Wenn du schon in der Gegend bist (Glückwunsch!), bist du eingeladen, so oft wie möglich die kollektiven Orte zu besuchen, indem du zum Beispiel teilnimmst an: - den wöchentlichen Einwohnerinnenversammlungen, den Verteidigungssitzungen und den kollektiven Baustellen, die jeden Mittwoch im Bahnhof stattfinden; - den wöchentlichen Arbeitseinsätzen auf den Feldern von «Les Semeuses» jeden Donnerstagnachmittag, gefolgt vom Markt und einem Besuch in der Kantine und der Bar von L'Augustine; - den Abenden, die vom «Café villageois des trois vallées» (Dorfbeiz der drei Täler) in Treveray jeden Freitagabend organisiert werden.

Wir laden euch auch ein, um an den verschiedenen angekündigten gemeinsamen Arbeitseinsätzen in den nächsten Monaten teilzunehmen: Dachreparatur der «Affranchie» im September (bereits geschehen); Baustelle der «Mat-Mout» (Kollektiv der gemeinsamen Nutzung von Material) im November; Renovierung eines neuen Raumes im «Maison de Résistance» im Dezember; mehrere Holzschlagsarbeiten mit Schulungen in sanfter manueller und motorisierter Forstwirtschaft zwischen Dezember 2024 und März 2025.

Ab März 2025 beginnt das neuartige Experiment «Trois semaines à La Gare» (Drei Wochen im Bahnhof): Die Idee besteht darin, Kollektiven dreiwöchige «Residenzen» im Bahnhof anzubieten, wobei eine Woche mit der vorherigen Gruppe und eine Woche mit der nächsten Gruppe verbracht wird, um Begegnungen zwischen den Kollektiven zu fördern. Ein politisches und soziales Experiment, das Ihr Euch nicht entgehen lassen solltet!

Zum Abschluss des zweiten Barrikadenfestes wurde am vergangenen 11. September eine weitere Ablehnung des Verfahrens wegen «krimineller Vereinigung» angekündigt: Das Kassationsgericht bestätigte die Freisprüche der letzten drei Aktivistinnen, die im Berufungsverfahren wegen «unbewaffneter Teilnahme an einer Zusammenrottung» verurteilt worden waren.

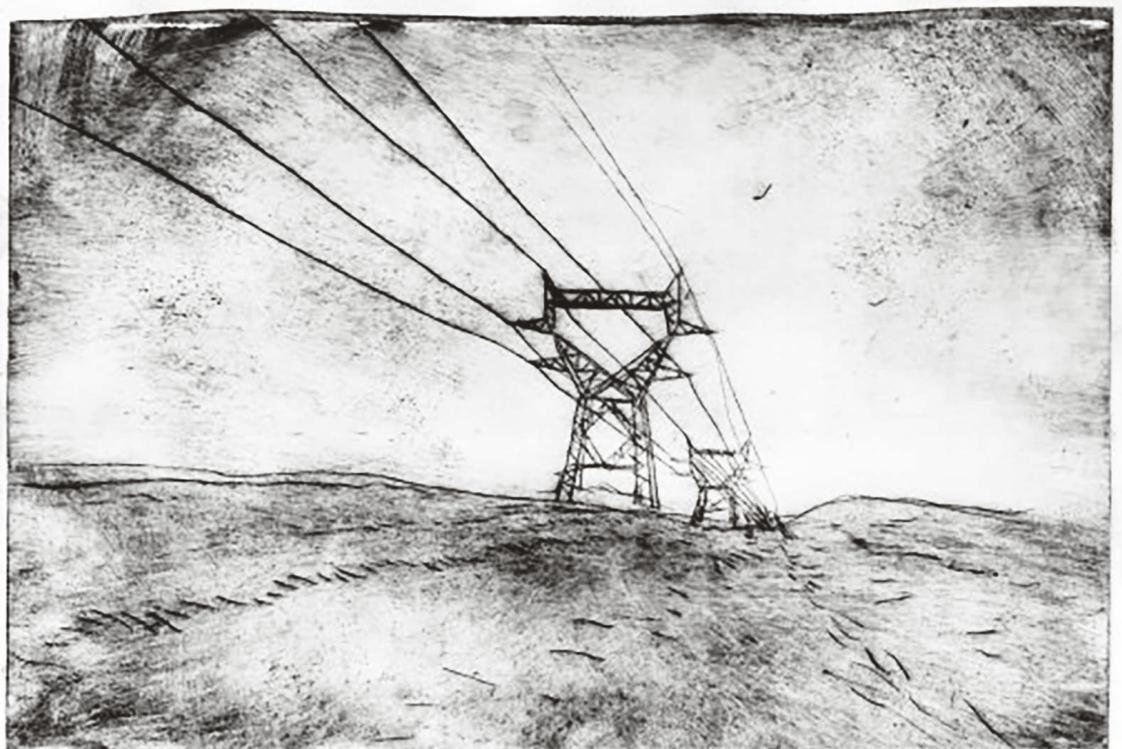
Um die Aktualität des Kampfes zu verfolgen, laden wir Euch ein, regelmässig die Website www.bureburebure.info sowie den Telegram-Feed «BURE à cuire!» zu besuchen.

EL

1. CIGEO («Centre industriel de stockage géologique») ist ein äusserst umstrittenes Projekt, bei dem langlebiger hoch- und mittelaktiver Atommüll aus Frankreich in einer 500 Meter tiefen geologischen Formation eingeschlossen werden soll.

2. SAFER: «Société d'aménagement foncier et d'établissement rural» (Gesellschaft für Bodenordnung und ländliche Ansiedlung), deren Aufgabe es ist, jedem Träger eines rentablen Projekts – sei es in der Landwirtschaft, im Handwerk, im Dienstleistungssektor, im Wohnungsbau oder im Umweltbereich – die Niederlassung im ländlichen Raum zu ermöglichen.

3. Im Jahr 2017 hatte Emmanuel Hance, der Chefplaner für Aussenaktivitäten der ANDRA, bei einer Blockade von ANDRA-Maschinen die Barrikade, an der sich die Gegner festklammerten, mit Benzin übergossen.



Andauernde Schikane gegen Pinar Selek

Am 7. Februar 2025 ist der nächste Prozesstermin gegen Pinar Selek, eine 1971 in Istanbul geborene türkische Soziologin, Schriftstellerin und Aktivistin, die heute französische Staatsbürgerin und Dozentin an der Universität Côte d'Azur in Nizza ist. Seit über 25 Jahren wird sie zu Unrecht von der türkischen Justiz wegen eines angeblichen Terroranschlags verfolgt, der in Wirklichkeit nie stattgefunden hat.

Pinar Selek ist bekannt für ihre akademische Forschung und ihre Arbeit über marginalisierte Minderheiten in der Türkei, insbesondere die kurdische und armenische Gemeinschaft. Sie ist auch für ihre literarischen Werke bekannt, aber auch für ihre militanten feministischen und pazifistischen Aktionen, die sich auf die Menschenrechte, die sozialen Bewegungen und die Genderfrage konzentrieren. Sie ist eine wichtige Stimme für die Menschenrechte und die Forschungsfreiheit. In der Türkei legte der Generalstaatsanwalt systematisch Berufung gegen die vier Freisprüche ein, die das Strafgericht in den Jahren 2006, 2008, 2011 und 2014 ausgesprochen hatte. Sieben Jahre später, am 21. Juni 2022, hob der Oberste Gerichtshof der Türkei den vierten Freispruch auf. Sechs Monate später wurde ein internationaler Haftbefehl gegen Pinar Selek ausgestellt, mit der Aufforderung, sie sofort inhaftieren zu lassen.

Vor kurzem fanden drei Anhörungen vor Gericht in Istanbul statt – am 31. März 2023, 29. September 2023 und 28. Juni 2024, jedes Mal in Anwesenheit einer grossen europäischen Delegation. Im Juni 2024, zwei Tage vor der letzten Anhörung, wurde ein irreführendes Schriftstück in die Akte aufgenommen, in dem Pinar Selek beschuldigt wurde, an einer von der PKK organisierten Konferenz teilgenommen zu haben. Besagte Konferenz, in deren Rahmen sie eine Podiumsdiskussion moderierte, stand jedoch unter der Verantwortung der Universität Côte d'Azur, der Universität Paris Cité, des CNRS¹ und des IRD². Die französischen akademischen Institutionen protestierten im Vorfeld der Anhörung am 28. Juni sofort mit offiziellen Schreiben an den Gerichtshof, in denen sie eine politische Manipulation und eine eklatante Verletzung der akademischen Freiheit anprangerten.

Dank dieser sofortigen Reaktion, der Anwesenheit einer grossen europäischen Delegation in Istanbul und des Plädoyers von Pinar Seleks Anwältinnen konnte der Versuch des türkischen Innenministeriums, eine in Frankreich abgehaltene akademische Konferenz mit einem «terroristischen Akt» gleichzusetzen, vereitelt werden. Daher kündigte der Richter ein weiteres Aufschieben der Anhörung an und forderte erneut die Anwesenheit von Pinar Selek, lehnte es jedoch ab, sie durch ein Rechtshilfeersuchen zu vernehmen, wie es die Praxis der internationalen Rechtshilfe in Strafsachen erlaubt. Eine neue Anhörung wurde für den 7. Februar 2025 angesetzt.

Aufstieg der extremen Rechten

Die politisch-juristische Hetze gegen Pinar Selek findet vor dem Hintergrund des Aufstiegs der extremen Rechten in Europa, der Infragestellung der akademischen Freiheiten und der Zunahme von Gewalt und Einschränkungen der Freiheiten statt, die sich gegen alle Minderheiten und politischen Gegnerinnen richten. Inzwischen wurden neue Richter ernannt, die über das Schicksal von Pinar Selek entscheiden sollen. Es ist schwierig, die Folgen dieses Wechsels abzuschätzen, aber eines ist sicher: Nur eine grosse europäische Delegation und eine internationale Kampagne in Solidarität mit Pinar Selek und zur Verteidigung der Meinungs-, Forschungs- und Redefreiheit werden verhindern können, dass die im Juni 2022 vom Obersten Gerichtshof verkündete Entscheidung, den vierten Freispruch aufzuheben, einfach bestätigt wird.³

Pinar Selek muss die Möglichkeit haben, ihre Aussage zu machen, ohne Frankreich zu verlassen. Es geht um ihre Sicherheit und ihr Leben. Die Demokratinnen und Demokraten in Frankreich und Europa sind es sich schuldig, gegen diese inakzeptable juristische Hetze vorzugehen, die über die Person Pinar Seleks hinaus alle unsere demokratischen Freiheiten betrifft, insbesondere die Meinungsfreiheit und die Freiheit der akademischen Forschung. Pinar Selek stellt fest: «Trotz vier Freisprüchen lebe ich mit der Drohung einer lebenslangen Haftstrafe. Mein Prozess spiegelt sowohl die Kontinuität des autoritären Regimes in der Türkei wider als auch dessen repressive Mechanismen.»

Wenn Sie an der Prozess-Beobachtungsdelegation teilnehmen oder diese sonst irgendwie unterstützen möchten, wenden Sie sich bitte an das Europäische Bürger:innen Forum, z.H. Constanze Warta.

1. Centre National des Recherches Scientifiques: Nationales Zentrum für wissenschaftliche Forschung in Frankreich
2. Institut de Recherche pour le Développement: Institut für Entwicklungsforschung



Drohkulisse vor dem Justizpalast in Istanbul.

Archipel
Monatszeitung des
Forum Civique

Schweiz:
Postfach 1115,
CH-4001 Basel
Tel: 0041/61 262 01 11
ch@forumcivique.org

Österreich:
Lobnik 16
A-9135 Zelezna Kapla
Tel: 0043/42 38 87 05
at@forumcivique.org

Deutschland:
Hof Ulenkrug, OT Stubbendorf
D-17159 Dargun
Tel: 0049/39 959 23 881
de@forumcivique.org

Frankreich:
St. Hyppolite
F-04300 Limans
Tel: 0033/4 92 73 05 98
fr@forumcivique.org

Ukraine:
vul. Peremogi 70
UKR-90440 Nischnrje Selischtsche
Tel: 00380/31 42 512 20
ua@forumcivique.org